

Ein bemerkenswertes Maß an Frieden

Simbabwe zwei Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit

Zwei Jahre sind seit dem überraschenden Wahlsieg *Robert Mugabes* in Simbabwe vergangen (vgl. HK, Mai 1980, 232 ff.). „Wachstum und Gerechtigkeit“ und „*Versöhnung*“ waren die Formeln, mit denen der Premierminister und seine Regierung seither versuchten, wirtschaftliche Entwicklung und Sozialpolitik in Einklang zu bringen. Das Ziel ist, so wird immer wieder betont, eine „sozialistische, egalitäre und demokratische Gesellschaft“.

Auch im zweiten Jahr der Unabhängigkeit blieb allerdings noch unklar, welche Langzeitvorstellung von Sozialismus dabei verwirklicht werden soll. Die negativen Erfahrungen der sozialistischen Nachbarländer Tansania und Moçambique konnten Mugabe und seine Parteifreunde von der Zimbabwe African National Union (Zanu) während der langen Exiljahre selbst studieren. Aber bei der Machtübernahme im April 1980 zeigte sich der Premierminister äußerst *pragmatisch*. Die beiden Guerillaparteien Zanu und *Joshua Nkomos* Patriotic Front (PF) übernahmen ein im Vergleich mit den übrigen „Frontstaaten“ relativ hochentwickeltes Agrar- und Industrieland. Wenn Simbabwe im südlichen Afrika eine führende Rolle gegen die Wirtschaftsdominanz Südafrikas spielen und wenn das umfangreiche Wiederaufbauprogramm finanziert werden sollte, dann durften die Fehler einer zu dirigistischen oder zu einseitigen Wirtschaftspolitik wie in Tansania, Moçambique oder Sambia nicht wiederholt werden. Gleichzeitig konnten allerdings die revolutionären Slogans des Guerillakrieges und die sozialen Versprechungen des Wahlkampfes nicht einfach aufgegeben werden. Mugabes Kurs prüft das ererbte „koloniale“ System vorsichtig auf seine „Belastbarkeit“ in Richtung auf mehr „Egalitarismus“, hat aber im Prinzip bisher das „kapitalistische“ System nicht angetastet.

Noch 1980 verweigerte Mugabe jedenfalls Moskau, Ostberlin und Prag das Recht, Botschaften in Salisbury einzurichten. Diese Abneigung geht vermutlich auf die Weigerung Moskaus zurück, ihn während des Bürgerkrieges zu unterstützen. Damals hatten die Afrika-Experten des Kreml die Lage in Rhodesien offensichtlich falsch eingeschätzt und Mugabes Gegenspieler Nkomo als moskautreuen künftigen Sieger protegiert. Da Mugabes ehemalige Rivalen im Guerilla-Krieg zwar in der gegenwärtigen Regierung integriert, aber weiterhin von den Sowjets bewaffnet sind, kann Mugabe gegenüber Moskau vorerst aus einer Position der Stärke manövrieren; nicht zuletzt wegen der guten Beziehungen, die er zu seinen Nachbarstaaten unterhält, scheint die Chance der Sowjets, direkten Einfluß auf die politische Entwicklung im Lande und auf dessen Führung zu gewinnen, gering.

Weißer Rhodesier, für die jede Änderung der alten Ordnung schon „Kommunismus“ bedeutet, behaupten allerdings das Gegenteil, und so erklärt sich auch die große Zahl der Weißen, die das Land – vor allem in Richtung Südafrika – verlassen. Lebten im April 1980 noch etwa 220 000 Weiße im Land, so wird ihre Zahl jetzt noch auf etwa 150 000 geschätzt. Gerade in den letzten Monaten des vergangenen Jahres stieg die Auswandererzahl rapide an.

Landverteilung ohne Ende?

Verständlich wird dieses Bestreben der Weißen vor allem angesichts der offensichtlich nicht selten auftretenden Fälle von Landbesetzung – nach Schätzungen haben sich bisher bis zu 60 000 schwarze Siedler (vgl. *Le Monde*, 3. 12. 81) auf privatem, zum Teil allerdings bereits verlassenen Grund niedergelassen. Sie erklären, daß sie lediglich vom Land ihrer Ahnen Besitz nähmen. Die Regierung zeigte sich zwar entschlossen, die Landbesetzer zu vertreiben, zögerte aber lange mit Maßnahmen. Nicht zuletzt war es die Regierung selbst, die durch ihre Versprechungen in Zeiten des Wahlkampfes derartige Vorgänge ausgelöst hatte.

Die *Verteilung des Landbesitzes* stand von Anfang an im Zentrum von Mugabes Wirtschaftspolitik. Zum Zeitpunkt der Erlangung der Unabhängigkeit besaßen 6000 weiße Farmer eine Fläche, die etwa zwei Dritteln der Bundesrepublik entsprach: 46% des landwirtschaftlich nutzbaren Landes; auf den verbleibenden 54% leben noch heute die mehr als 700 000 schwarzen Familien, d. h. knapp zwei Drittel der Gesamtbevölkerung verteilt in 174 Tribal Trust Lands (TTL). Weil diese in weniger fruchtbaren Gebieten liegen als die Großfarmen der Weißen und weil sich die Bevölkerung seit Schaffung der TTL 1930 bei gleichgebliebener Landzuteilung und gleichen Bewirtschaftungsmethoden mehr als verdoppelt hat, wurde schon 1977 geschätzt, daß dort zweieinhalbmal mehr Menschen leben, als sich aus eigener Kraft ernähren können (vgl. *Neue Zürcher Zeitung*, 28. 3. 81). Weil der Bürgerkrieg vor allem die Infrastruktur der TTL in Mitleidenschaft gezogen hat und weil die Bewohner dieser Gebiete von allen Seiten terrorisiert wurden, sind dort die Kriegsschäden besonders groß.

Grundsätzlich geregelt wurde die Landfrage im *Lancaster-House-Vertrag* über die Unabhängigkeit Rhodesiens vom Dezember 1979. Demnach darf das Land nicht zwangsenteignet und nur ungenützter Boden gegen Ent-

schädigung vom Staat übernommen werden; das Parlament darf diese Garantien während der nächsten zehn Jahre nicht ändern. In der Praxis sieht das so aus, daß diejenigen weißen Farmer, die Simbabwe verlassen wollen, ihr Land der Regierung verkaufen. Da vorläufig zu wenige Afrikaner über das nötige Kapital und die Kenntnisse verfügen, um nach dem Muster der Landgüter „commercial farms“ zu betreiben, und weil noch zu viele Vertriebene darauf warten, ein eigenes Stück Land zur Bebauung zu erhalten, wird vorerst nur der wenig produktive Subsistenzsektor wachsen.

Bis heute wurden etwa 4 000 Familien neu angesiedelt: ehemalige Flüchtlinge und Bauern. Die Regierung, die ein Vorkaufsrecht hat, zahlt bisher den Marktpreis, aber man fragt sich, wie lange noch. Bis 1984 möchte sie zwei der 39 Millionen Hektar Landwirtschaftsland aufgekauft haben, was für 33 000 Familien reichen würde. Die Zahl derer, die sich noch auf die Wartelisten setzen lassen wollen, wird auf 50 000 bis 100 000 geschätzt (nach Neue Zürcher Zeitung, 6. 1. 82). Das Geld für den Ankauf von 18 000 Farmen steht im Augenblick zur Verfügung. Wo aber die weiteren Mittel herkommen sollen, weiß niemand.

Ehrgeizige Bildungs- und Gesundheitspolitik

Neben der von Mugabe geförderten ländlichen Entwicklung, zu der auch die Wiederherstellung von bisher mehr als 8 000 Kilometer Straßen gehört, liegen weitere Schwerpunkte der Politik im Gesundheits- und Erziehungswesen. Die Einführung des *kostenlosen Schulunterrichts* hat innerhalb von kurzer Zeit die Gesamtschülerzahl von 800 000 im Jahre 1979 auf 1,8 Millionen anschwellen lassen. Der Besuch der weiterführenden Schulen erhöhte sich um 35% und soll noch im Laufe dieses Jahres um weitere 68% steigen, wie aus Angaben des Erziehungsministeriums hervorgeht (vgl. Süddeutsche Zeitung, 4. 12. 81). Auch die Zahl der Universitätsstudenten soll in den nächsten Jahren von 2 500 auf 5 000 ansteigen.

In der Zwischenzeit sind bereits 95% der ungefähr 3 000 während des Krieges zerstörten Landschulen wieder geöffnet worden, doch ist der Mangel an Schulräumen groß. Um die vorhandenen finanziellen Engpässe zu überwinden, hat Erziehungsminister *Dzingai Mutumbuka*, ein ehemaliger Schüler der Immenseer Mission in Gokomere, den Aufruf an die Eltern und Dorfgemeinschaften erlassen, selbst beim Aufbau und bei der Erweiterung der Schulen tätig zu werden. Der Tendenz, jegliche Verbesserung allein vom Staat zu erwarten, soll damit frühzeitig entgegengetreten werden. Als einzige vom Staat zu erwartende Hilfe konnte Mutumbuka die Lieferung von Eternit-Dachplatten zusagen. Ob die Bevölkerung bei Verweigerung der Dienstleistung mit Sanktionen zu rechnen hätte, ist nicht bekannt; offiziellen Berichten zufolge fand der Aufruf jedenfalls gute Aufnahme, überall im Land würden vorwiegend an den Wochenenden Arbeits-

einsetze der örtlichen Bevölkerung durchgeführt. Dennoch mußte sich die Regierung Simbawes im November 1981 Vorwürfen von Vertretern der Weltbank stellen, wonach der Staat eine „ökonomisch unverantwortliche Bildungspolitik“ betreibe. Weil das Land wenig Geld habe und noch nicht alle Schüler am Unterricht teilnehmen können, wurde sogar von einem Bankrott der Politik gesprochen. Minister Mutumbuka setzte sich in Salisbury dagegen zur Wehr. „Jedes Kind sollte mindestens eine siebenjährige Schulbildung bekommen, für die der Staat die Kosten übernimmt“, bekräftigte er bei der Eröffnung eines Seminars die Ziele der Bildungspolitik (vgl. Süddeutsche Zeitung, 4. 12. 81).

Ähnlich ambitioniert sind auch die Bestrebungen im *Gesundheitswesen*, dessen Dienste für alle Bürger, die monatlich weniger als 150 Simbabwe-Dollar verdienen, kostenlos sind. Das betrifft die überwiegende Zahl der afrikanischen Bevölkerung, liegt doch der erst im Januar dieses Jahres erhöhte Minimallohn für Industriearbeiter bei 105 Dollar und derjenige für Land- und Hausangestellte bei 55 Dollar monatlich.

Zur Finanzierung der Landkäufe und zur Entwicklung des neu besiedelten Landes sah schon der Kissinger-Plan einen Betrag von 1,5 Milliarden US-Dollar vor, der größtenteils von westlichen Geberländern zu stellen gewesen wäre. Die Regierung Mugabe hielt daran fest, daß im Lancaster-House-Vertrag nicht festgelegt worden war, wie Geldmittel aufgebracht werden sollten, und um dies nachzuholen, lud sie im März 1981 zu einer *Konferenz über Wiederaufbau und Entwicklung von Simbabwe* (Zimcord) ein. Über 200 Delegierte aus 44 Staaten und zahlreichen internationalen Organisationen berieten eine Woche lang, und das Ergebnis von 1,8 Milliarden bereitgestellten Dollar übertraf nicht nur die Erwartungen der Gastgeber, sondern stellt wohl überhaupt den höchsten Betrag dar, den ein Entwicklungsland bisher auf einmal erhalten hat. Hauptgeldgeber für das potentiell reiche Land, das über 40 wichtige Rohstoffe, darunter Asbest, Gold, Kupfer und Chrom besitzt, war die Weltbank, ihr folgten Großbritannien, die USA, Frankreich, die Bundesrepublik und die skandinavischen Länder.

Repatriierung und Ansiedlung

Aber nicht die Landverteilung und auch nicht das Erziehungswesen sind das finanziell, politisch und sozial schwerwiegendste Problem des jungen Staates, sondern die *Wiedereingliederung* von 230 000 Familien, die vom Krieg vertrieben wurden, zurückgekehrt sind und wieder oder neu angesiedelt werden müssen, um sich zu ernähren und um beim Wiederaufbau des Landes helfen zu können.

Diese Familien und zahlreiche Einzelpersonen setzen sich im wesentlichen aus drei Gruppen zusammen: 1. aus heimkehrenden, seinerzeit in die Nachbarländer geflohenen Simbawern; 2. aus „Township“- und Slumbewohnern und aus Kriegsvertriebenen auf dem Land. (Die Re-

patriierung der rund 250 000 aus den Nachbarländern wurde vom UNO-Hochkommissariat [UNHCR] in Genf schon im Dezember 1979 in Angriff genommen. Diese Heimkehrer wurden nur kurze Zeit in Auffanglagern untergebracht und anschließend in ihren Heimatgemeinden oder auch anderen Orten angesiedelt. Das gleiche wurde geplant für rund eine Viertelmillion Menschen, die vor dem Krieg in die städtischen Zentren flohen, dort aber keine Arbeit fanden und, um ihre „Proletarisierung“ zu verhindern, wieder auf dem Land angesiedelt werden sollten.) Die dritte Gruppe besteht aus etwa einer halben Million Kriegsvertriebenen, die bei Verwandten Unterschlupf gefunden hatten. (Die reinen Repatriierungsmaßnahmen wurden vom UNHCR durchgeführt und finanziert und konnten bereits im Frühjahr 1981 abgeschlossen werden.)

Eng mit der Wiederansiedlung verknüpft ist das Bemühen um die friedliche *Integrierung der ehemaligen Guerillakämpfer*, die vor allem eine zunächst überdimensional große und das Haushaltsbudget entsprechend belastende Armee zur Folge hat (im Haushalt 1981/82: Erziehung 17,8%, Armee 17,2%, Gesundheitswesen 6,7%).

Mit 150 britischen Ausbildern wurden jeden Monat drei neue Bataillone von ca. 1000 Mann aufgestellt und ausgebildet. Im vergangenen Herbst hatte die neue Armee 50 Bataillone, gemischt aus Soldaten der früheren rhodesischen Armee und Zanla bzw. Zipra-Guerillas. Langfristig ist geplant, die nach Abschluß der Aufstellung 65 000 Mann umfassende Armee auf 30 000 Mann zu reduzieren, wofür die Regierung ein „Demobilisierungsprogramm“ mit 160 Millionen Simbabwe-Dollar Kosten aufgestellt hat. Jeder Soldat, der ins Zivilleben zurückkehrt, erhält während zweier Jahre monatlich 185 Simbabwe-Dollar. Bereits Ende des vergangenen Jahres wurde die Zahl der britischen Berater auf 110 reduziert, sie sind jetzt ausschließlich für die Offiziersausbildung zuständig.

Auf heftige Kritik von seiten der politischen Rivalen, insbesondere Joshua Nkomos, stößt die Ausbildung der „Fünften Brigade“ der Armee durch eine 1981 ins Land geholte, 106 Ausbilder umfassende als Prätorianer-Garde bezeichnete nordkoreanische Kader-Einheit. Begründet wird dieser Schritt von der Regierung vor allem mit der Notwendigkeit einer beweglichen Brigade, die im Bedarfsfall bei inneren Unruhen eingesetzt werden soll.

Rivalitäten und Stammesprobleme

Bereits im Sommer 1980 gab es erste Anzeichen dafür, daß Joshua Nkomo von Robert Mugabe an die Wand gedrückt wurde und diesen Zustand nicht widerstandslos zu dulden gewillt war. Mitte November brachen dann in einem Vorort *Bulawayos*, der zweitgrößten Stadt des Landes und Zentrum des in der Minderheit befindlichen *Ndebele*-Stammes, blutige Kämpfe zwischen Parteigängern Nkomos und Mugabes aus, die rund 60 Todesopfer forderten und die Befürchtung nährten, es könnte zu einem Stammeskrieg kommen. Daß in der Folge auf direkten

Befehl Mugabes einige Gefolgsleute des formell über die Polizei verfügenden damaligen Innenministers Nkomo ohne dessen Konsultierung festgenommen wurden, führte zu weiteren Spannungen.

Im Januar 1981 folgte eine schwere *Regierungskrise*, die mit einer *Umbildung der Regierung* verbunden war. Mugabe gab in Salisbury die Ablösung Nkomos von seinem Posten als Innenminister bekannt und betraute ihn mit einem Ministerium ohne Portefeuille. Entlassen wurde der Arbeitsminister *Edgar Tekere*, der kurz zuvor von der Anklage der Beteiligung an der Ermordung eines weißen Farmers freigesprochen worden war. An der Spitze des Außenministeriums gab es ebenfalls einen Wechsel: der bisherige Außenminister *Witness Mangwende* übernahm die Leitung des Ressorts von *Simon Muzenda*, der stellvertretender Regierungschef wurde.

Mugabes Zanu verfügt mit 57 der 100 Sitze über die absolute Mehrheit im Parlament, Nkomos PF ist dort mit 20 Mandaten vertreten. Sie war bei der Wahl im vorletzten Jahr vor allem von Angehörigen der 18% Ndebele unterstützt worden, die befürchteten, von Mugabes *Shona*-Stamm beherrscht zu werden. Die restlichen Sitze teilen sich die von den Weißen getragene Rhodesische Front *Jan Smiths* mit 20 und die Partei des früheren Ministerpräsidenten Bischof *Abel Muzorewa* mit 3 Mandaten.

Hatte Mugabe damals noch das Fortbestehen der Koalition mit Nkomos PF betont, so häuften sich im Laufe des Jahres 1981 die Meldungen, nach denen Mugabe eine *Einheitspartei* zu schaffen gedenkt. Mugabe begründete dies damit, daß die Einheitspartei ein spezifisch afrikanisches Attribut der Demokratie sei. Den „Luxus“ eines Vielparteiensystems könne sich sein Land nicht leisten. Daß laut Verfassung das Parlament die oberste Instanz ist, konnte Mugabe bisher von vorbereitenden Schritten zur Einführung des Einparteiensystems nicht abhalten: in den letzten Monaten wurden Presse, Polizei, Armeeführung und wichtige Verwaltungsstellen gleichgeschaltet.

Eine jüngste Eskalation erfuhren die Rivalitäten am 18. Dezember, als das Gebäude des Zentralkomitees der Zanu in Salisbury durch eine Bombe zerstört wurde, wobei sechs Menschen getötet und mehr als 100 verletzt wurden, ausnahmslos Passanten der umliegenden Geschäftsstraßen. Mugabe bedauerte daraufhin, daß es Gruppen im Land gebe, die sich der nationalen Versöhnung offen widersetzen. Wenn dies der Fall sei, würden sie von der Versöhnung ausgeklammert. Die Polizei verhaftete das weiße Parlamentsmitglied *Wally Stutterford*, dem Putschpläne vorgeworfen wurden.

Die Kirche als kritischer Partner

In Salisbury, mehr aber noch in der südafrikanischen Presse kursiert allerdings seither das Gerücht, die Bombe sei nicht gegen Mugabe und seine Parteiführung gelegt worden, sondern sie sei vielmehr eine gezielte Provokation von Regierungsseite gewesen, um entsprechend gegen politische Gegner vorgehen zu können.

In einem anlässlich des ersten Jahrestages der Unabhängigkeit Simbabwe am 10. April 1981 veröffentlichten *Hirtenbrief* haben die Bischöfe des Landes der Regierung ihren Dank dafür ausgesprochen, daß sie „nach zehn Jahren erbitterten Kampfes ein Beispiel christlichen Großmuts gegeben hat“, indem sie zu einer nationalen Wiederversöhnung aufgerufen habe. Ergebnis dieser Aktion, die in der zivilisierten Welt Bewunderung hervorgerufen habe, sei ein „bemerkenswertes Maß an Frieden“ in Simbabwe. Auch wenn es noch immer Gewaltakte gebe, die von den Bischöfen verurteilt würden, sei ein wachsendes Verständnis zwischen den verschiedenen rassischen und politischen Gruppierungen zu bemerken. Wenn dieses Klima des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens anhalte, könne Simbabwe mit „großer Zuversicht in die Zukunft schauen, um eine vereinte und friedliche Nation zu werden“. Anerkennend äußerten sich die Bischöfe auch über die Entwicklungen im Erziehungs- und Gesundheitswesen.

Die Kirche, die während des Bürgerkrieges stark in Mitleidenschaft gezogen worden war und auch zahlreiche personelle Einbußen zu verzeichnen hatte, fand in diesen Monaten erstmals nach langer Zeit zu einem Zustand relativer Ruhe und Sammlung der Kräfte. Einzelne Zwischenfälle, so die Ermordung des 67jährigen Mariannhiller Missionars *Edmar Sommerreisser* auf seiner Missionsstation „Regina mundi“, wenige Tage nach Erscheinen des Hirtenbriefes, dürften weniger einen politischen als vorwiegend einen rein kriminellen Hintergrund haben. Der Toleranz durch den Ministerpräsidenten durften sich die Missionare im Land einstweilen gewiß sein, haben sie doch in Zeiten des Krieges die Sache der Unabhängigkeitsbewegung im ganzen unterstützt. Andererseits kann man annehmen, daß sich die kirchliche Hierarchie, in der nach wie vor das weiße Element dominiert, in der neuen Situation weniger leicht zurechtfindet als die Missionare. Nach Ansicht des Generaloberen der Immenseer Missionsgesellschaft Bethlehem *Josef Amstutz* sollte die Kirche ihre Anstrengungen auf drei Bereiche konzentrieren: den Aufbau von *Nachbarschaftsgemeinden* anstelle weiträumiger Pfarreien; die Schaffung von „*Modellen versöhnter Gemeinschaft*“ (Krankenhäusern, Schulen, Gemeinden), in denen Rassen-, Stammes- und Parteigegensätze überwunden werden; sowie die Erarbeitung und Verwirklichung einer *Entwicklungspolitik* in loyaler und zugleich kriti-

scher Partnerschaft mit dem Staat (vgl. Neue Zürcher Zeitung, 7. 2. 81).

Völlig ungetrübt ist aber bei aller gegenseitigen Wertschätzung das Verhältnis zwischen Kirche und Staat nicht. So äußerte z. B. der Bischof von Wankie, *Ignacio Prieto Vega*, seine Besorgnis über drei Gruppen in Simbabwe, die scharfe Kritik an der Kirche hinsichtlich ihrer Haltung gegenüber afrikanischen religiösen und sozialen Überlieferungen üben. Bei diesen Gruppen handle es sich um den „Religionsrat von Simbabwe“, um eine Gruppe innerhalb des Gesundheitsministeriums sowie eine Gruppe von einflußreichen Personen, die ein „Theologisches und Ideologisches Forschungszentrum“ gründen wollen. Zwar sei ein großer Teil der von diesen Gruppierungen vorgebrachten Kritik naiv, aber dennoch mache diese bewußt, daß „zwischen der Botschaft des Evangeliums, wie sie die katholische Kirche predige, und den religiösen Überlieferungen des Volkes in Simbabwe eine psychologische Schranke“ bestehe (KNA, 2. 7. 81).

Zu Kritik sah sich, kurz vor seinem Rücktritt im November 1981, auch der Bischof von Umtali, *Donal Lamont*, angesichts der Meldung veranlaßt, daß sich Ministerpräsident Mugabe mit dem Gedanken der Bildung von Kindermilizen trage. Lamont wandte sich entschieden gegen den Plan, diejenigen Kinder in Milizen zusammenzufassen, die an den staatlichen Schulen keinen Ausbildungsplatz erhalten haben.

Eine erste Bestandsaufnahme zog Bischof Prieto im September des vergangenen Jahres, nachdem er seine Diözese und andere Teile des Landes bereist hatte. Etwa zwei Drittel der ländlichen Gemeinden seien wieder belebt worden, ungefähr 40% der Christen in diesen Gemeinden kämen wieder zum Gottesdienst. Mit wenigen Ausnahmen arbeiteten die Gemeinschaften am Wiederaufbau der Gebäude mit, so daß bereits wieder eine Reihe von Kapellen gesegnet werden konnten (Fidesdienst, 5. 12. 81). Überall sei aber zu sehen, daß die Christen nach dem Krieg im Benehmen, in den Erwartungen, in ihrer Zugänglichkeit und im gesamten Denken anders seien als vorher. Auch die Auffassung von der Kirche und von den Priestern habe sich gewandelt. „Von übertriebenen Erwartungen und Forderungen abgesehen, kann von da her viel Gutes kommen. Sind das nicht die neuen Zeichen der Zeit? Neue Zeiten fordern Umstellung.“

Cordelia Rambacher

Auf dem Weg zum islamischen Staat?

Die innen- und außenpolitische Situation Malaysias

Die *Föderation Malaysia* entstand 1963 als ein eher künstliches Staatsgebilde. Geographisch weit auseinander gelegen, fehlte den Landesteilen Westmalaysia (Halbinsel Malaya) und Ostmalaysia (Sabah, Sarawak) eine ausgeprägte gemeinsame geschichtliche Vergangenheit. Mehr

noch: die durch die Kulturen Indiens, Chinas und des Islam unterschiedlich geprägten Volksgruppen führten nicht nur weitgehend ein Eigenleben, sondern standen sich auch recht feindlich gegenüber. Trotzdem gehörte Malaysia im letzten Jahrzehnt zu den politisch stabilsten